

«Der Dschungel wächst zurück»

Die Amerikaner wollen die liberale Weltordnung, die sie selbst aufgebaut haben, nicht mehr finanzieren und ziehen aus Konfliktregionen wie Syrien ab. Das ist fatal, sagt US-Vordenker Robert Kagan.

Interview: Gordana Mijuk

Robert Kagan



Der 60-Jährige ist Bestsellerautor, Senior Fellow bei der US-Denkfabrik Brookings Institution, Kolumnist bei der «Washington Post» und laut dem «Politico Magazine» einer der 50 einflussreichsten Denker Amerikas. Sein neues Buch heisst «The Jungle Grows Back. America and Our Imperial World». Robert Kagan wird am 21. Januar 2019 am Forschungsinstitut GDI in Rorschlikon an der Veranstaltung «Robot Capitalism and The Coming World Disorder» einen Vortrag halten.

NZZ am Sonntag: Herr Kagan, in Ihrem neuen Buch argumentieren Sie, dass die Welt dank den USA für 75 Jahre relativ befriedet und erfolgreich war. Ohne die USA als Weltpolizist würden wieder grössere Kriege ausbrechen, und die Europäer würden sich wieder die Köpfe einschlagen. Ist das Ihre Botschaft?

Robert Kagan: Das ist etwas gar überspitzt und vereinfacht formuliert. Ich sage im Buch explizit, dass es auch in diesen 75 Jahren Kriege, Gewalt und Ungleichheit gegeben hat. Natürlich haben auch die USA Fehler gemacht. Die Frage ist aber nicht, war diese Zeit perfekt, sondern was ist die Alternative, die reale Alternative? Natürlich wollen wir alle eine friedliche Welt, in der alle Staaten gleich sind. Doch das ist ein Wunschtraum - der auf diesem Planeten nie wahr wurde. Ich sage nur, die amerikanische Weltordnung ist trotz ihren Mängeln besser als alle realen Alternativen.

Eben, ohne die Amerikaner wäre es düster in der Welt.

Schauen Sie doch die Geschichte Europas an. Der Kontinent hatte lange Zeit grösste Mühe, insbesondere nach der Gründung des deutschen Kaiserreichs 1871, aus verheerenden Konfliktzyklen herauszukommen. Deutschland und Frankreich zogen ganz Europa immer wieder in blutige Kriege. Und ja, die Amerikaner spielten nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle, Europa zu befrieden und zu stabilisieren. Nur deshalb gelang es den Europäern, ihr grosses Friedensprojekt erfolgreich umzusetzen.

Worin genau besteht denn die amerikanische Weltordnung?

Viele Leute denken, es gehe bei dieser Weltordnung - oft wird sie ja auch «regelbasiert» genannt - um idealistische Institutionen wie die Vereinten Nationen. Doch in der Essenz geht es um etwas anderes: In der neuen Weltordnung wurden die bis zum Zweiten Weltkrieg aggressiv agierenden Mächte Deutschland und Japan ausgeschaltet als geopolitische Mächte. Sie wurden nach dem Krieg umgewandelt in friedliche nichtmilitärische Staaten, die sich ausschliesslich auf die Wirtschaft konzentrierten. Das war der Hauptgrund, weshalb es den USA gelang, Europa und Asien zu befrieden. Das ist der Kern der liberalen Ordnung. Um diesen Kern herum wurde eine Allianz-Struktur gebaut, über welche die USA immer engagiert blieben in diesen Weltgegenden. In dieser liberalen Ordnung gaben ausserdem auch andere Länder, Frank-

reich und Grossbritannien zum Beispiel, ihre traditionellen geopolitischen Ambitionen der vorigen Jahrhunderte auf.

Der Verzicht auf Machtpolitik einzelner Länder ermöglichte also Frieden.

Ja, wer glaubt, Frieden sei Resultat eines Fortschritts oder die Menschen hätten plötzlich realisiert, dass Frieden besser sei als Krieg, liegt falsch. Es war diese grundlegende internationale Struktur, die Frieden möglich machte. Er ist zufällig entstanden und nicht dauerhaft.

Der Titel Ihres Buches heisst «Der Dschungel wächst zurück». Was meinen Sie genau damit?

Der natürliche Zustand der Welt, des internationalen Systems, ist aus meiner Sicht Chaos, Anarchie, sind Konflikte. Ich nenne diesen Naturzustand Dschungel. Eine Ordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde, hat dem wilden Wuchern des Dschungels ein Ende gesetzt, es wurde ein Garten daraus. Eine Ordnung bedingt jedoch, dass der Garten bearbeitet wird, ständig. Er ist ein künstliches Gebilde. In der Geschichte gab es etliche solcher Ordnungen: das Römische Reich, das britische Empire. Heute basiert die Ordnung auf amerikanischer Macht.

Die Amerikaner sind aber müde geworden, den Garten weiter zu pflegen. Ein Grossteil der Bevölkerung will sich aus der internationalen Politik zurückziehen.

Wuchert es deshalb? Der Dschungel wächst zurück, weil in den USA Zweifel entstanden sind. Die USA schultern seit dem Zweiten Weltkrieg eine grosse Last. Sehr wenige Nationen haben je eine derartige globale Verantwortung für Politik übernommen. Die meisten Nationen kümmern sich um sich selbst, ihre Sicherheit, ihren Wohlstand. Sie übernehmen keine Verantwortung für Frieden Tausende Kilometer weit weg von zu Hause. Das ist eine unübliche, ja abnormale Rolle.

Die Amerikaner sind ja kaum bloss aus altruistischen Gründen Weltpolizisten geworden. Weshalb haben die Amerikaner die Rolle überhaupt angetreten?

Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Amerikaner diese Rolle tatsächlich noch zurückgewiesen, und auch beim Zweiten Weltkrieg schalteten sie sich erst ein nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour. US-Präsident Harry Truman sagte dazu: Der Zweite Weltkrieg pasierte, weil die Amerikaner ihre Verantwortung als Weltmacht



Marinesoldaten der amerikanischen und britischen Streitkräfte ziehen ab und überlassen die Militärbasis Bastion-Leatherneck afghanischen Truppen. (Laschkar Gah, Oktober 2014)

nicht wahrnahmen. Die Einsicht war damals: Die USA können sich nicht aus grossen Konflikten heraushalten, über kurz oder lang werden sie mit hineingezogen, und dann sind die Kosten unendlich hoch. Der Aussenminister von Harry Truman, Dean Acheson, forderte: Um Amerika zu schützen, müssen wir ein Umfeld der Freiheit schaffen, das über die Grenzen von Amerika hinausgeht. Und tatsächlich akzeptierten die USA die internationale Verantwortung, nicht nur Amerika zu verteidigen, sondern auch andere Länder, die die amerikanische Weltmacht teilen.

So denkt man nicht mehr überall in den USA.

Die Amerikaner haben vergessen, weshalb die USA die Weltordnung aufgebaut haben. Die letzte Gollionsfigur dieser Weltordnung ist kürzlich verstorben: George H. W. Bush. Die Mehrheit der Bevölkerung erinnert sich kaum noch an den Kalten Krieg, geschweige denn den Zweiten Weltkrieg. Sie sieht nur, dass die USA teure Kriege führen, und sie fragt sich, wes-

halb Japan und Deutschland nicht für ihre eigene Sicherheit sorgen können. Zu erklären, weshalb das die USA tun müssen, ist nicht einfach.

Nun, auch Ihr Präsident stellt diese Fragen. Was würden Sie ihm erklären?

Man kann das nur verstehen, wenn man die Geschichte versteht der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und wenn man versteht, wie teuer es die USA käme, sollte ihre Weltordnung kollabieren. Donald Trump ist ein solipsistischer Egomane. Ich erwarte nicht, dass er über seine eigenen Interessen hinausdenkt. Aber andere Amerikaner sollten es tun.

Es gibt immer weniger von diesen Amerikanern. Vor allem im Weissen Haus.

Trump ist tatsächliche eine Kreation dessen, was schon existierte in der amerikanischen Gesellschaft. Die Idee von «America first» ist schon lange am Entstehen. Das ist so.

Das macht uns Europäer etwas Angst. Die deutsche Bundeskanz-

lerin Angela Merkel sagte denn auch, Europa müsse jetzt sein eigenes Schicksal in die Hand nehmen.

Das war richtig. Es wäre zu wünschen, dass nun die Europäer zu den liberalen Führern der freien Welt würden. Doch Europa geht in eine andere Richtung. Grossbritannien hat sich verabschiedet. In Frankreich könnten schon bei den nächsten Wahlen nationalistische Kräfte an die Macht kommen. Eigentlich funktioniert nur noch Deutschland als mächtige liberale Kraft in Europa. Aber Deutsche können das nicht alleine.

Ist die europäische Furcht vor Trump begründet?

Ja, die Europäer haben recht, besorgt zu sein. Trump will sich ja nicht nur aus der Welt zurückziehen. Er ist feindselig gegenüber der liberalen Welt, er ist feindselig gegenüber den rechtskonservativen und linken Parteien in Europa. Er mag beispielsweise die britischen Tories nicht, sondern zieht den früheren Chef der Rechtsparterie Ukip, Nigel Farage, vor. In Frankreich

sympathisiert er mit der Rechtspartei Front national (heute Rassemblement national). In Italien mit der derzeitigen populistischen Regierung. Trump ist der erste Präsident in der US-Geschichte, der mit den europäischen Nationalisten sympathisiert und sich gegen den Liberalismus stellt.

Was sind die Folgen aus alledem?

Die Situation ist alarmierend. Derartige Konflikte in der transatlantischen Partnerschaft sind neu. Wir hatten auch früher Meinungsverschiedenheit, doch die Qualität der Konflikte ist jetzt anders. Das ganze System könnte kollabieren. Und ich weiss nicht, wie dies zu verhindern ist. Ich kann den Europäern nur raten: Stärkt die liberalen demokratischen Institutionen.

Sind die Europäer selber schuld? Hätten sie früher ihre Armeen aufrüsten sollen?

Ich kann hierzu weder Ja noch Nein sagen. Es ist verständlich, dass die Europäer eine Abneigung gegenüber Geopolitik haben, waren sie doch verantwortlich für fürchterliche Kon-

flikte, die Millionen das Leben gekostet haben. Und die Abmachung nach dem Zweiten Weltkrieg war, dass sie eben keine geopolitischen Player mehr werden. Und bis heute wollen die Deutschen diese Rolle nicht übernehmen. Es ist also verständlich, dass sie ihre Armeen nicht aufrüsteten. Doch die Europäer haben zwei Wetten abgeschlossen. Sie glaubten nach dem Fall der Mauer, Geopolitik spiele keine Rolle mehr. Und sie glaubten, die USA würden immer ihre Sicherheit gewährleisten. In beiden Punkten lagen sie falsch.

Unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges sah es ja tatsächlich so aus, als würde die ganze Welt demokratisch und frei. Wie ist der Aufstieg der Autokraten und Nationalisten zu erklären?

Wir glaubten, wenn Länder erst einmal demokratisch sind, werden sie es auch bleiben. Doch darin können wir uns täuschen. Gerade Länder im früheren Ostblock, die erst wenige Jahre zödemokratisch sind, können wieder in alte Strukturen zurückfallen. Aber auch Länder

Ein Präsident und seine Generäle

«Achse der Erwachsenen» ist weg

US-Präsident Donald Trump lässt sich von keinem General mehr dreinreden. Dennoch geht er mit dem Militär auf Stimmenfang.

Andreas Mink, New York

Und plötzlich waren sie alle weg. Am Donnerstagabend ging der Letzte: James Mattis. Der Verteidigungsminister warf den Bettel hin, weil er den Abzug der US-Truppen aus Syrien und Afghanistan nicht mittragen wollte. Dabei hatte sich Donald Trump zu Beginn seiner Präsidentschaft regelrecht mit Militärs geschmückt. Oft prahlte er mit «seinen Generälen». Beobachter applaudierten, hofften sie doch, die Militärs würden den ausserpolitisch völlig unerfahrenen Präsidenten davon überzeugen, dass die USA weiterhin die globale Führerschaft in der Welt halten müsse. Alle Generale betonten denn auch die Wichtigkeit von Allianzen und der Diplomatie sowie des freien Handels. Die Sicherheitsberater Trumps wurden deswegen auch «Achse der Erwachsenen» genannt. Trump hingegen hatte im Wahlkampf angekündigt, sich aus vielen Weltgegenden

zurückzuziehen, und zeigte nie Verständnis für die traditionellen Allianzen. Für ihn gilt einzig: «America first».

Im Februar 2017 musste Generalleutnant Michael Flynn seinen Hut als nationaler Sicherheitsberater nehmen. Ein Jahr später zwang Trump dessen Nachfolger H. R. McMaster zum Rücktritt. Jüngst folgte Stabschef John Kelly. Neben Mattis ist diese Woche auch Brett McGurk zurückgetreten, der Sonderbeauftragte für die Internationale Allianz gegen den Islamischen Staat. Mattis beschwor in einem für Offiziere ungewöhnlich offenen Kündigungsschreiben die Stärkung der traditionellen Partnerschaften und eine «resolute Haltung gegenüber den Widersachern China und Russland».

Der Abgang von Mattis beunruhigt viele Beobachter, da nun unklar ist, wie Trump künftig Aussenpolitik betreiben wird, wie er Alliierte behandelt und wo sich die USA künftig engagieren werden. Der Abgang zeigt aber auch, wie schwierig das Verhältnis von Trump zum Militär ist. Der US-Präsident hat das Militär stets politisiert. Schon im Wahlkampf spielte er sich als

Retter vernachlässigter Veteranen auf und versprach den Wiederaufbau der angeblich von Barack Obama ruinierten Streitkräfte. Tatsächlich hat Trump das Verteidigungsbudget gegenüber 2016 für das kommende Haushaltsjahr um ein Viertel auf 750 Milliarden Dollar aufgestockt. Dazu gehören auch Lohnerhöhungen für die Militärs. Trump will seiner Basis Patriotismus demonstrieren. Er missbraucht zudem die Streitkräfte für Show-Einsätze gegen imaginäre Migranten-Invasionen an der Grenze zu Mexiko. Zuletzt tweetete er, das grossartige Militär werde ihm dort auch seine Mauer bauen.

Aber während Trump die Streitkräfte rühmt und mit Geld überschüttet, schreckt er nicht davor zurück, Militärs zu kritisieren. Den verstorbenen Senator John McCain verhöhnte er, weil dieser als Kampfpilot in nordvietnamesische Gefangenschaft geraten war. Jüngst warf er Admiral Bill McRaven als Chef der Sonderkommandos Saumseligkeit bei der Jagd auf Usama bin Ladin vor. Auch nahm er dieses Jahr nicht am Heldentag teil im Soldatenfriedhof in Arlington, wie dies Präsidenten



General James Mattis.

sonst tun. Bisher vermied Trump zudem Besuche bei Einheiten an der Front im Nahen Osten. Familien von Gefallenen beklagen, wie rüpelhaft sich der Präsident ihnen gegenüber verhalte. Prominente Ex-Militärs wollen dies nicht länger hinnehmen. General a. D. Stanley McChrystal wirft Trump öffentlich inakzeptables Verhalten vor.

Der Präsident sagt gerne, er wisse «mehr über das Militär als die meisten Militärs». Er sei fünf Jahre Schüler an der New York Military Academy gewesen, einer militärisch geführten Privatschule. Trump wurde dort für Pflichtvergessenheit gerügt. Er hat aus diesen Jugenderfahrungen eine Abneigung gegen den Militärdienst und Autoritätsfiguren mitgenommen. Während des Vietnamkriegs drückte sich Trump fünfmal um eine Rekrutierung.

Trump's Generäle haben ihm wohl zu oft widersprochen. Wie zuvor H. R. McMaster hat er Mattis in den letzten Monaten zunehmend als lästigen Bewerter empfunden und ignoriert. Mattis Abgang dürfte politisch riskant werden für den Präsidenten. Gemäss Umfragen ist die Beliebtheit Trumps bei Bürgern in Uniform inzwischen unter 45 Prozent gesunken. Der beliesene «Krieger-Mönch» Mattis ist in den USA und in Übersee äusserst angesehen. Auch bei der Truppe ist er beliebt. Seine Kündigung dürfte Trump deshalb gerade dem harten Kern seiner Gefolgschaft schaden, die er mit der Instrumentalisierung des Militärs bis heute an sich zu binden sucht.



Trump bei einer Übung auf der Militärbasis Fort Drum im Gliedstaat New York. (13. August 2018)

wie Italien müssen nicht zwangsläufig Demokratien bleiben. Wir glaubten fälschlicherweise, die Zeit der Machtpolitik sei vorüber, dabei war sie nie weg. Wir müssen weiterhin für die Demokratie kämpfen und den unvermeidlichen geopolitischen Wettbewerb mit Russland und China weiterführen.

Wir hatten auch bei China und Russland die Hoffnung, sie würden sich demokratisieren.

Ja, weil wir glaubten, aufgeklärte Menschen würden sich automatisch in Richtung liberale Demokratien bewegen. Aber das war Teil unserer Mythologie.

Ja, aber intelligente Menschen müssen doch zum Schluss kommen, dass Freiheit und Mitbestimmung jedes Einzelnen in einer Gesellschaft hohe Güter sind. Kann man ernsthaft argumentieren, Diktaturen sind besser als Demokratien?

Sie formulieren nun Gedanken, die bis in die Aufklärung zurückgehen. Aber sie sind wohl falsch. China ist wohlhabend geworden, hat eine Mittelschicht und fordert keine Demokratie.

Es gibt keinen Druck in China, das Land zu liberalisieren. China-Experten warten seit 25 Jahren darauf. Sie haben nun die Hoffnung aufgegeben. Wir müssen davon wegkommen, an linearen Fortschritt zu glauben.

Was passiert, wenn sich die USA nicht engagieren in der Welt, sah und sieht man im Syrienkrieg.

Ja, Irak und Syrien sind gute Beispiele. Der Einmarsch in Irak war ein Fehler. Weil man diesen Fehler nicht wiederholen wollte, hielt man sich in Syrien zurück. Auch das war ein Fehler, wofür Europa zahlen musste. Die Migrationskrise hat Europa in eine fundamentale Krise geführt, was aber auch schlecht ist für den Alliierten USA. Ausserdem konnten Russland und Iran an Einfluss gewinnen in der Region.

Diese Woche entsetzte Trump auch enge Berater mit dem Beschluss, Truppen aus Syrien abzuziehen. Ist das der Anfang vom Ende der US-Weltordnung?

Trump handelte, weil er von zwei Seiten unter Druck steht. Die Arbeit von Sonderermittler Müller könnte zu Amtsent-

China ist wohlhabend, hat eine Mittelschicht und fordert keine Demokratie.

Was könnte die nächste grosse Strategie der Amerikaner sein, sollte diese Weltordnung zusammenbrechen unter Trump?

Ich glaube, diese Weltordnung hat uns am meisten genützt. Ich habe keine Alternative.

Ich bin etwas beunruhigt.

Bereuen Sie, mit mir geredet zu haben? Lassen Sie uns etwas hoffnungsvoller enden. Wenn Trump 2020 nicht mehr Präsident wird, dürfte sein Nachfolger bestimmte eine etwas freundlichere Sicht auf die liberale Ordnung haben und nicht in der Weise Europa verachten, wie dies Trump tut.